

Regierungsrat

*Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch*

Bundesamt für Justiz
z. Hd. Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrates
Bundesrain 20
3003 Bern

10. August 2010

**Vernehmlassung zu den Vorentwürfen der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates betreffend die
Parlamentarische Initiative 06.490 (Mehr Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten. Änderung von
Artikel 210 OR)**

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 1. Juni 2010 eingeladen, zu den Vorentwürfen der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates betreffend die Parlamentarische Initiative 06.490 (Mehr Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten. Änderung von Artikel 210 OR) Stellung zu nehmen. Wir machen von dieser Möglichkeit gerne Gebrauch und äussern uns wie folgt:

Die Vorentwürfe der Kommission für Rechtsfragen betreffend die Änderung des Artikels 210 OR sehen im Sinne einer massvollen Stärkung des Konsumentenschutzes eine moderate Verlängerung der Verjährungsfristen vor. Die vorgesehene Verlängerung der Verjährungsfristen bei kaufrechtlichen Sachgewährleistungsansprüchen ist zu begrüßen. Unseres Erachtens ist die Variante 2 der Vorentwürfe klar vorzuziehen, da diese eine umfassende Vereinheitlichung der Frist für die Gewährleistungsansprüche aus Kauf- und Werkvertrag vorsieht. Sie bringt eine klare Vereinfachung, indem die Verjährungsfristen für die Geltendmachung von Mängeln unabhängig von der Beweglichkeit der Sache bzw. des Werks auf fünf Jahre vereinheitlicht wird. Dadurch ergibt sich eine einfachere Auslegung und Handhabung des Gesetzes. Die einzelnen Bestimmungen, welche im Vorentwurf der Variante 2 aufgeführt sind, geben zu keinen weiteren Bemerkungen Anlass.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

Regierungsrat

Walter Straumann
Rathaus / Bänussergasse 24
4000 Solothurn
www.so.ch

sig.

Andreas Eng
Staatsschreiber